

Stand: 04.02.2026 14:24:29

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/3435

"Umwelt Richtlinie über die Reduktion der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe -  
Bewertung 03.09.2024 - 26.22.2024"

---

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 19/3435 vom 24.09.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/4109 des UV vom 26.11.2024
3. Beschluss des Plenums 19/4136 vom 28.11.2024
4. Plenarprotokoll Nr. 34 vom 28.11.2024



## Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

**Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union;**

**Umwelt**

**Richtlinie über die Reduktion der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe - Bewertung**

**03.09.2024 - 26.11.2024**

**Verfahren gemäß § 83d BayLTGescho**

1. Der Ausschuss hat in seiner 14. Sitzung am 24. September 2024 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, das Konsultationsverfahren zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz zu überweisen (§ 83d Abs. 1 BayLTGescho).

### **Begründung:**

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die [Konsultation](#) landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Diese öffentliche Konsultation ist Teil der Bewertung der [Richtlinie über nationale Emissionsreduktionsverpflichtungen \(National Emission Reduction Commitments, NEC\)](#) (Richtlinie (EU) 2016/2284) durch die Europäische Kommission. Diese Richtlinie legt nationale Emissionsreduktionsverpflichtungen für die anthropogenen Emissionen von Stickstoffoxiden (NO<sub>x</sub>) und flüchtigen organischen Verbindungen - außer Methan (NMVOC), Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>), Ammoniak (NH<sub>3</sub>) und Feinstaub (PM<sub>2,5</sub>) - in den Mitgliedstaaten fest. Diese Schadstoffe verschlechtern die Luftqualität, was erhebliche negative Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt nach sich zieht.

Mit dieser Konsultation wird abgefragt,

- ob und wie die NEC-Richtlinie zur Reduktion der Emissionen der fünf Luftschadstoffe (SO<sub>2</sub>, NO<sub>x</sub>, NMVOC, NH<sub>3</sub>, PM<sub>2,5</sub>) in der EU beigetragen hat;
- ob die Bestimmungen der NEC-Richtlinie weiterhin relevant, wirksam, effizient und mit anderen Politikbereichen der EU kohärent sind, und ob die Richtlinie einen Mehrwert erbringt, der über das hinausgeht, was mit nationalen oder regionalen Maßnahmen hätte erreicht werden können.



## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**  
Drs. 19/3435

**Konsultationsverfahren der Europäischen Union;**

**Umwelt**

**Richtlinie über die Reduktion der nationalen Emissionen bestimmter Luftschad-  
stoffe - Bewertung**  
**03.09.2024 - 26.22.2024**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, folgende  
Stellungnahme abzugeben:

Der Bayerische Landtag unterstützt grundsätzlich das Anliegen der NEC-Richtlinie  
und die dort verankerten gesamteuropäischen Anstrengungen zur Reduzierung  
der Gesamtemissionen der in der Richtlinie geregelten Luftschadstoffe.

Der Bayerische Landtag stellt gleichzeitig fest, dass die vorgegebenen Minde-  
rungsverpflichtungen für die Industrie, die Landwirtschaft und die privaten Haus-  
halte leistbar ausgestaltet werden müssen. Dabei sollte aus Sicht des Bayerischen  
Landtags auch stärker als bisher die Auswirkung gegenläufiger Regulierung aus  
anderen Politikfeldern in den Blick genommen werden. So kann im Bereich von  
Ammoniak die gesellschaftlich geforderte und z. T. auch politisch beschlossene  
Verpflichtung zur Umstellung der Tierhaltung auf Tierwohlställe zu zusätzlichen  
Ammoniakemissionen führen. Dies muss bei der Festlegung der Höhe der Minde-  
rungsverpflichtungen berücksichtigt werden. In der Konsultation wird die Frage  
aufgeworfen, inwieweit auch die Emissionen von Methan in der NEC-Richtlinie re-  
guliert werden sollten. Der Bayerische Landtag stellt fest, dass Methan nach Koh-  
lendioxid das bedeutendste Treibhausgas ist. Er vertritt daher die Auffassung,  
dass die Verpflichtung zur Reduzierung der Methanemissionen, wie in der neuen  
Methanverordnung (EU) 2024/1787 bereits angelegt, im Bereich der Klimapolitik  
gebündelt bleiben sollte. Eine zusätzliche Regulierung von Methanemissionen als  
Komponente der NEC-Richtlinie erscheint dem Bayerischen Landtag als unnötige  
Doppelregulierung ohne erkennbaren Mehrwert für den Klimaschutz und die Luft-  
qualität.

Berichterstatter:  
Mitberichterstatter:

**Alexander Flierl**  
**Christian Hierneis**

**II. Bericht:**

1. Die EU-Konsultation (§ 83d BayLTGeschO) wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren endberaten.
2. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat das Konsultationsverfahren in seiner 12. Sitzung am 10. Oktober 2024 beraten und einstimmig beschlossen, die Federführung zu übernehmen (§ 83d Abs. 2 BayLTGeschO).
3. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat das Konsultationsverfahren in seiner 15. Sitzung am 14. November 2024 federführend beraten und einstimmig zu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren in seiner 18. Sitzung am 26. November 2024 endberaten und einstimmig empfohlen, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen mit der Maßgabe, dass folgender Satz angefügt wird: „Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.“.

**Alexander Flierl**  
Vorsitzender



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

#### Konsultationsverfahren der Europäischen Union

##### Umwelt

##### **Richtlinie über die Reduktion der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe – Bewertung**

**03.09.2024 - 26.22.2024**

Drs. 19/3435, 19/4109

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, folgende Stellungnahme abzugeben:

Der Bayerische Landtag unterstützt grundsätzlich das Anliegen der NEC-Richtlinie und die dort verankerten gesamteuropäischen Anstrengungen zur Reduzierung der Gesamtemissionen der in der Richtlinie geregelten Luftschadstoffe.

Der Bayerische Landtag stellt gleichzeitig fest, dass die vorgegebenen Minderungsverpflichtungen für die Industrie, die Landwirtschaft und die privaten Haushalte leistbar ausgestaltet werden müssen. Dabei sollte aus Sicht des Bayerischen Landtags auch stärker als bisher die Auswirkung gegenläufiger Regulierung aus anderen Politikfeldern in den Blick genommen werden. So kann im Bereich von Ammoniak die gesellschaftlich geforderte und z. T. auch politisch beschlossene Verpflichtung zur Umstellung der Tierhaltung auf Tierwohlställe zu zusätzlichen Ammoniakemissionen führen. Dies muss bei der Festlegung der Höhe der Minderungsverpflichtungen berücksichtigt werden. In der Konsultation wird die Frage aufgeworfen, inwieweit auch die Emissionen von Methan in der NEC-Richtlinie reguliert werden sollten. Der Bayerische Landtag stellt fest, dass Methan nach Kohlendioxid das bedeutendste Treibhausgas ist. Er vertritt daher die Auffassung, dass die Verpflichtung zur Reduzierung der Methanemissionen, wie in der neuen Methanverordnung (EU) 2024/1787 bereits angelegt, im Bereich der Klimapolitik gebündelt bleiben sollte. Eine zusätzliche Regulierung von Methanemissionen als Komponente der NEC-Richtlinie erscheint dem Bayerischen Landtag als unnötige Doppelregulierung ohne erkennbaren Mehrwert für den Klimaschutz und die Luftqualität.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

**Ilse Aigner**

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

### **Abstimmung**

**über eine Verfassungsstreitigkeit und Europaangelegenheiten, die gem. § 59  
Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Ebenfalls keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.



## Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeit und Europaangelegenheiten zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen  
oder  
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder  
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

### Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. Oktober 2024 (Vf. 8-VII-24) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
  1. der Art. 3 Abs. 1 Sätze 1 und 3 bis 5, Abs. 2, Art. 6 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 Satz 1, Art. 8 des Gesundheitsschutzgesetzes (GSG) vom 23. Juli 2010 (GVBl. S. 314, BayRS 2126-3-G), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 23. Juli 2024 (GVBl. S. 254) geändert worden ist,
  2. des Art. 30 Abs. 1 Sätze 1 und 3 des Landesstraß- und Verordnungsgesetzes (LStVG) in der in der Bayerischen Rechtssammlung (BayRS 2011-2-I) veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch § 3 des Gesetzes vom 23. Juli 2024 (GVBl. S. 247) und durch § 2 des Gesetzes vom 23. Juli 2024 (GVBl. S. 254) geändert worden ist,
  3. des § 2 Abs. 2 Nr. 12 der Verordnung über die staatliche Parkanlage Englischer Garten, Hofgarten und Finanzgarten in München vom 28. Mai 2018 (FMBI. S.50), die zuletzt durch § 1 der Verordnung vom 6. Mai 2024 (BayMBI Nr. 216) geändert worden ist

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist zulässig, aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Europaangelegenheiten****2. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union**

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:  
EU-Justizbarometer 2024

COM(2024) 950 final

BR-Drs. 287/24

Drs. 19/2843, 19/4107

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im nichtlegislativen Verfahren die auf Drs. 19/4107 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

**CSU****FREIE  
WÄHLER****AfD****GRÜ****SPD**☒☒☒☐☐**3. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union**

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2024 – Die Lage der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union

COM(2024) 800 final

BR-Drs.: 405/24

Drs. 19/3431, 19/4108

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im nichtlegislativen Verfahren die auf Drs. 19/4108 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

**CSU****FREIE  
WÄHLER****AfD****GRÜ****SPD**☒☒☒☒☒

## 4. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Inneres

Fonds für Innere Sicherheit (ISF) – Polizei (2014-2020) –

Ex-post-Bewertung

29.08.2024 - 21.11.2024

Drs. 19/3432, 19/3941 (G) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/3941  
veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die  
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss  
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

FREIE  
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD



## 5. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Inneres

Fonds für die Innere Sicherheit – Grenzen und Visa (ISF-BV)

2014-2020 – Ex-post-Bewertung

29.08.2024 - 21.11.2024

Drs. 19/3433, 19/3942 (G) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/3942  
veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die  
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss  
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

FREIE  
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD



## 6. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Inneres

Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) für den Zeitraum

2014-2020 – Ex-post-Bewertung

30.08.2024 - 22.09.2024

Drs. 19/3434, 19/4106

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/4106  
veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die  
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss  
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

FREIE  
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD



## 7. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Umwelt

Richtlinie über die Reduktion der nationalen Emissionen bestimmter

Luftschadstoffe – Bewertung

03.09.2024 - 26.22.2024

Drs. 19/3435, Drs. 19/4109

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/4109  
veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die  
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss  
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

FREIE  
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD

